

## Wie sich Starkregenschäden vermeiden lassen

Interkommunale Koordinierungsstelle Klimaanpassung stellt Leitfäden vor

**Osterholz-Scharmbeck, 17. August 2016.** Die Interkommunale Koordinierungsstelle Klimaanpassung (InKoKa) der Metropolregion Nordwest hat heute auf der 2. Regionalkonferenz in Osterholz-Scharmbeck zwei Leitfäden vorgestellt. Die Broschüren zeigen Kommunen und Bürgern Strategien zur Starkregenvorsorge auf. Denn heftige Regenfälle bestimmen immer häufiger das Wettergeschehen im Nordwesten Deutschlands und führen zu Überflutungen und Schäden, wenn nicht vorgesorgt wird.

Die Leitfäden sind Resultat eines gemeinsamen Pilotprojekts des Landkreises Osterholz und der InKoKa. „Nachdem der Landkreis in der Vergangenheit mehrfach von Starkregen und Überflutungen betroffen war, haben wir zusammen mit den Gemeinden eine Arbeitsgruppe gegründet und die InKoKa ins Boot geholt. Ziel war es, sowohl den aktuellen Wissensstand zur Starkregenvorsorge als auch die in den Städten und Gemeinden vorhandenen Erfahrungen und guten Beispiele anschaulich aufzubereiten. Die Broschüren machen das Ergebnis allen Kommunen und ihren Bürgern zugänglich“, erklärte Bernd Lütjen, Landrat des Landkreises Osterholz. Das erste Nachschlagewerk enthält praktische Hinweise, wie Kommunen überflutungsgefährdete Bereiche ermitteln und entsprechend vorsorgen können – die Möglichkeiten reichen von administrativen Maßnahmen bis zu technischen und baulichen Ansätzen. In dem zweiten Leitfaden finden Hauseigentümer strukturierte und übersichtlich aufbereitete Informationen und Tipps zum Umgang mit Regenwasser und zur Schadensvermeidung am Eigenheim. „Das Zusammenspiel von kommunaler und privater Vorsorge ist ganz zentral, um Überflutungsschäden durch Starkregen vorzubeugen. Daher war es uns wichtig, beide Zielgruppen direkt anzusprechen und ihnen praktische Lösungsmöglichkeiten an die Hand zu geben“, betonte Henryk Predki, InKoKa-Projektverantwortlicher.

Der Klimawandel lässt nicht nur eine Zunahme der heftigen Regenfälle erwarten, die schon jetzt regelmäßig Ortschaften unter Wasser setzen. Experten prognostizieren weitere Klimawandelfolgen, wie höhere Temperaturen und vermehrte Hochwasser. Rund 70 Konferenzgäste setzten sich damit auseinander, wie sich die Kommunen der Metropolregion Nordwest auf den Klimawandel vorbereiten können – darunter Vertreter aus Ministerien, der Hochschulen Bremen und Oldenburg sowie überregionale Experten aus den Bereichen Wasserwirtschaft und Siedlungsentwässerung.

Ein Projekt der:



Mit freundlicher Unterstützung von:

Der Senator für Umwelt,  
Bau und Verkehr



Freie  
Hansestadt  
Bremen

Gefördert durch:



Bundesministerium  
für Umwelt, Naturschutz,  
Bau und Reaktorsicherheit

aufgrund eines Beschlusses  
des Deutschen Bundestages

## Über InKoKa:

Die Interkommunale Koordinierungsstelle Klimaanpassung – kurz: InKoKa – ist ein Projekt der Metropolregion Nordwest, das Kommunen der Metropolregion bei der Anpassung an die Folgen des Klimawandels unterstützt. InKoKa setzt Pilotprojekte um, erarbeitet Informationsmaterialien sowie Handlungsempfehlungen für Kommunen, präsentiert vorbildliche Beispiele und fördert den interkommunalen Austausch. Das dreijährige Projekt wird vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit sowie vom Senator für Umwelt, Bau und Verkehr der Freien Hansestadt Bremen unterstützt.

Die Leitfäden zur Starkregenvorsorge sind als PDF erhältlich auf der Website <http://www.metropolregion-nordwest.de/starkregenleitfaeden>

Auf Wunsch stehen wir Ihnen für Interviewanfragen zur Verfügung oder vermitteln Kontakte zu Projektbeteiligten.

## Kontakt:

Henryk Predki

Projektmitarbeiter InKoKa

Telefon: 04221 99-1907

E-Mail: [henryk.predki@metropolregion-nordwest.de](mailto:henryk.predki@metropolregion-nordwest.de)

Web: [www.metropolregion-nordwest.de/inkoka](http://www.metropolregion-nordwest.de/inkoka)

Ein Projekt der:



Mit freundlicher Unterstützung von:

Der Senator für Umwelt,  
Bau und Verkehr



Freie  
Hansestadt  
Bremen

Gefördert durch:



Bundesministerium  
für Umwelt, Naturschutz,  
Bau und Reaktorsicherheit

aufgrund eines Beschlusses  
des Deutschen Bundestages